

Terror gegen die Schupo.

Mißhandlung und reißende Ausweitung.

General Degoutte hat eine Verordnung erlassen, durch die die Schupo in Essen-Stadt und -Land aufgelöst wird. Die Waffen, Dienstpferde und Ausrüstungsgegenstände seien unverzüglich den französischen Militärbehörden auszuhandigen. Die Beamten aller Dienstgrade der aufgelösten Schupo werden aus dem besetzten Gebiet ausgewiesen. An ihrer Stelle soll eine Gemeindepolizei von höchstens 600 Mann gebildet werden, die sich nur aus Einheimischen zusammensetzen darf. Die Aufstellung der Liste dieser Polizei ist von der Zustimmung des kommandierenden Generals abhängig. Die Polizisten dürfen eine blaue oder andersfarbige Uniform tragen, jedoch keine grüne Uniform.

In Recklinghausen

ist das Polizeipräsidium, das Rathaus und die Unterkünfte der Schupo von französischem Militär umstellt und besetzt worden. Im Polizeipräsidium ist sämtliches Inventar beschlagnahmt worden. Die gesamte Schupo wurde für aufgelöst erklärt und der Kommandant und der Polizeioberst Berg und v. Willing sind verhaftet und auf Lastwagen abtransportiert worden. In Bochum üben die Franzosen seit den frühen Morgenstunden des Mittwoch

eine unerhörte Schreckensherrschaft

aus. Sie holen die Schupo-Beamten gewaltsam aus ihren Quartieren, reißen ihnen die Kleider vom Leibe und mißhandeln sie mit Reitpöckeln. Die Stimmung der Bevölkerung ist auf einem Siedepunkt der Erbitterung angelangt, so daß stündlich ernsthafteste Ausbrüche der Volksleidenschaft erwartet werden können.

Selbst die Obdachlosen wollen nichts von ihnen wissen.

Die Franzosen haben, wie bereits gemeldet, 170 Obdachlose im Essener Asyl für Obdachlose festgesetzt. Diese sind nunmehr in elf Lastautomobilen und drei Begleitwagen in Olfen von den Franzosen ausgesetzt worden, weil sie sich weigerten, für die Franzosen zu arbeiten. Die Olfener Ortsbehörde hat für den Weitertransport der Obdachlosen nach Münster gesorgt.

In Gerolstein üben die Franzosen 16 Eisenbahnerfamilien unter dem Vorwand von Bergungsmassnahmen für angeblich auf der Bahn verübte Sabotageakte gezwungen, innerhalb dreier Stunden ihre Wohnungen zu räumen.

Bis zum 28. Februar waren im altbesetzten Gebiet 550 Personen von der Rheinlandkommission ausgewiesen worden.

Verhaftung von Bochumer Fabrikleitern.

Eine im Verwaltungsgebäude der Maschinenfabrik Walde tagende Konferenz von Leitern der Bochumer Maschinenindustrie wurde durch ein starkes französisches Truppenaufgebot, das mit Tanks die Zugänge sperrte, gewaltsam ausgehoben. Von den Industriellen, die über die Weiterführung der Betriebe und Sicherung der Arbeiterschaft berieten, wurden zwölf Herren verhaftet, darunter Generaldirektor Walde, Ingenieur Walde, die Direktoren Schuhmacher und Klüver, die Fabrikbesitzer Dreher und Eichhorst.

Verhinderung Deutscher nach ausländischen Gefängnissen?

Nach einer Sabotage-Meldung aus Koblenz hat die Interalliierte Rheinlandkommission unter Vorsitz des französischen Oberkommissars Tirard eine Verordnung über die von den Militärgerichten der Besatzungsbehörde verhängten Gefängnisstrafen angenommen. Künftig werde für die fünf Jahre übersteigenden Strafen der kommandierende General der Besatzungsarmee die Entscheidung treffen können, daß die Strafe anstatt in deutschen Gefängnissen im besetzten Gebiet in französischen, englischen oder belgischen Gefängnissen abzubüßen sei.

Bürgermeister Schaefer, Oberbürgermeister Havenrein und Dr. Guyenx befinden sich im Männergefängnis in Düsseldorf. Sie sind in Einzelhaft und sollen nach Mitteilung der französischen Unterorgane wie politische Gefangene behandelt werden. Bis jetzt haben sie Gefängnisloft erhalten. Versuche, ihnen Erleichterungen zu verschaffen, sind bisher daran gescheitert, daß die Franzosen die hierfür notwendigen schriftlichen Bescheinigungen nicht ausgestellt haben. Wie sie behandelt werden, geht daraus hervor, daß ihnen kein Licht, keine Kerze, keine Lampe zur Verfügung gestellt wird.

Lord Curzons Hoffnungen.

Schärfere englische Tonart gegen Frankreich. Aus London wird gemeldet. In einer Rede über die westpolitische Lage bemerkte Lord Curzon zur Ruhrfrage u. a.: Das englische Volk stimme mit seiner Regierung darin überein, daß die militärische Besetzung des Ruhrtales, ob diese zu Recht oder zu Unrecht erfolgt sei, auf jeden Fall eine unkluge Handlung bedeute und daß England recht habe, nicht daran teilzunehmen, aber die Stellung seiner Truppen am Rhein solange als möglich aufrechtzuerhalten; denn England sei ebenso wie die andern an der Lösung des Problems interessiert. Die Lösung des Reparationsproblems könne nicht durch Frankreich, Belgien und Italien allein vorbehalten bleiben. Es sei ein internationales Problem, das alle gleichermassen angehe. Alle ersehnen den Tag, an dem es durch eine internationale Aktion seine Lösung finde.

ordenliche Schauspiel, daß eine alliierte Regierung das Geld der anderen stehle und sich weigere, es wieder zu erstatten, nachdem sie auf den Diebstahl hingewiesen worden sei. Daily Chronicle fragt, ob dies so aussehe, als ob die Franzosen viel Achtung vor Bonar Law hätten oder ihn für einen gerade sehr starken Mann hielten.

Zwei Milliarden Goldmark an England bezahlt.

Der englische Schatzkanzler teilte in einer schriftlichen Antwort dem Unterhaus über die von Deutschland an England geleisteten Reparationen mit: Bis zum 30. 4. 22 habe England erhalten in bar 637 Millionen Goldmark, direkt an das britische Besatzungsheer seien gezahlt worden Papiermark im Werte von 103 Millionen Goldmark. Die Sachleistungen einschließlich Einkünfte nach den Reparationsbedingungen betragen 419 Millionen Goldmark, dies mache zusammen 1,153 Millionen Goldmark. Zwischen dem 1. 5. 22 und 31. 12. 22 sei eine weitere Summe von ungefähr 1000 Millionen Goldmark für Abgaben nach den Reparationsbedingungen an Farbstoffen usw. eingegangen.

Aus dem Reichstage.

In der Dienstagsitzung des Reichstags, bei der zweiten Lesung des Etats des Wehrministeriums, behauptete Abg. Ledebour (S. L. F.), daß die Reichswehr weiter Führung mit Orgeschanden halte. Abg. Künzler (Soz.) verlangte vom Wehrminister eine offene Erklärung, ob noch immer Verbindungen von Offizieren zu verbotenen Organisationen bestehen.

Reichswehrminister Dr. Gessler erklärte, die Bevölkerung des Ruhrgebiets habe ein Recht darauf, daß wir nicht in ihrem Rücken einen tödlichen deutschen Streit entfehlen lassen, und daß ihr Schwäher und Strikenten in den Rücken fallen. Es ist richtig, daß von gewissen Leuten alle möglichen Kriegspläne ausgeheißelt werden, leider auch von verantwortlichen Leuten der Linken. Von Russland kann dem deutschen Proletariat keine nennenswerte Hilfe kommen. Es kommt nicht nur auf Waffen, sondern auch auf Nahrungsmittel an. Die Ueberwachung der Verbände sei Sache der politischen Polizei. Der Minister erbittet Einzelmaterial und stellt fest, daß von zehn vorgeschickten Sachen neun unwahr seien. Von der Reichswehr müsse unbedingt militärischer Gehorsam verlangt werden. Wenn Herr Ledebour das Proletariat auffordert, in Deutschland die Macht zu ergreifen, dann können Sie sich nicht wundern, wenn das Bürgertum sich wehrt. Das Bürgertum läßt sich doch nicht abschlagen. Eine Fortentwicklung ist nur möglich auf dem Boden der Verfassung.

Nach weiteren Reden der Abgg. v. Gallwitz (DntL), Frölich (Komm.) und Ledebour (Unabh.) schloß die allgemeine Aussprache. Nach kurzer Einzelberatung wird der Tagesorden erledigt.

In der Mittwoch-Sitzung wurde der Gesetzentwurf über die Beschaffung von Mitteln zur Bildung eines Devisenfonds (Goldanleihe), dem der Reichsrat bereits zugestimmt hat, dem Hauptausschuß überwiesen.

Hierauf begann die zweite Lesung des Marineetats. Abg. Hülich (Soz.) erkannte die in der Marine geleistete Arbeit an, bemängelte jedoch die staatsbürgerliche Erziehung. Wie notwendig diese Erziehung sei, hätten die nationalpolitischen Vorgänge auf der Marine-Schule in Mürwik gezeigt. Dort würde weniger auf Wissen und Können Wert gelegt, als vielmehr auf Formell und äußere Formen.

Im Volkswirtschaftlichen Ausschuß des Reichstages wurde am Dienstag der Einspruch des Reichsrats gegen das Pressenotgesetz beraten. Der Reichsrat wollte 1 v. H. Holzabgabe, der Reichstag 2 v. H., und die Regierungsvorlage 1 1/2 v. H. Der Ausschuß verständigte sich auf 1 1/2 v. H.

Die deutsch-nationale Fraktion des Reichstages hat im Reichstag die Aufhebung der Artikel 2 bis 5 des Gesetzes zum Schutze der Republik beantragt. Artikel 1, der Strafvorschriften gegen die sog. Mörderzentralen enthält, soll unberührt bleiben. Die übrigen Artikel stellen richtigerweise Kreise unter ein Ausnahmeverbot, in welchen die national gefärbte Presse und zögen etwaige Zuwendungen vor ein politisches Ausnahmeverbot, statt vor die ordentlichen Gerichte.

Die Ausgabe der Goldanleihe

dürfte voraussichtlich, wie in der letzten Sitzung des Reichsbank-Zentralausschusses verlautete, am 12. März d. J. erfolgen und die Zeichnungsfrist 14 Tage dauern. Die Pflicht zur Einzahlung wird voraussichtlich um den 10. April d. J. herum sein, doch ist für frühere Einzahlungen der Zeichen die Einräumung gewisser Vergünstigungen geplant. Begünstigt der Ausstattung der Anleihe ist bemerkenswert, daß sie voraussichtlich zum Kurse von 120 Prozent, rückzahlbar nach Wahl des Reiches in Gold oder Dollar, fixiert werden dürfte. Die Anleihe soll zwar verzinslich gestellt werden, doch erfolgt die Zahlung der Zinsen erst nach drei Jahren, also bei Fälligkeit der Schwanenwünschen. In den Kreisen der Reichsbank besteht die Hoffnung, daß es dieser unter Zuhilfenahme der Goldanleihe und all der bisher von ihr angewandten Mittel gelingen werde, die Reichsmark auf dem heutigen Stande für längere Zeit zu befestigen.

Inland und Ausland.

Kontreadmiral Glibebrand, der Chef des Allgemeinen Marineamts der Marineleitung ist Montag nach im Standortlazarett Charlottenburg an den Folgen einer Furunkelentzündung in Verbindung mit Puderkrankheit unerwartet verstorben. Er gehört der Marine seit 1892 an.

Ein Anschlag auf die Münchener Post. Unbekannte Täter machten in der Nacht zum Montag einen Anschlag auf das Verlagsgebäude der Münchener Post, indem sie einen Schuß abgaben, eine Eierhandgranate warfen und mehrere Fensterhebel einschlugen.

Rußland Deutschland und Rußland wird der Handel zwischen beiden Regierungen vom September d. J. gestattet werden.

Im Berliner Sechstagesrennen, das Montag nacht und Dienstag vormittag keine wesentlichen Zwischenfälle brachte, hat sich der Stand etwas zugunsten des zweiten Paares verschoben. Der Punktstand am Dienstag mittag war folgender: Bauer, Sieg 102, John-Krupat 141, Gebr. Hüschke 112, Häußer-Stellbrink 49, Schreier-Magnussen 36, Reinos-Jensen 26, Manthey-Dehrendt 15, Wittig-Kohl 12 Punkte. Eine Runde zurück: Lehmer-Ueberger 81, Pawle-Rudolfow 1 Punkt.

Eindämmung der Feuerungswehle. Von zuständigen Stelle wird mitgeteilt: Eine Erhöhung der Eisenbahn-Gütertarife wird zum 1. März nicht erfolgen. Ebenso ist von einer weiteren Erhöhung des Brotpreises Abstand genommen worden. — Der gemeinschaftliche Richtpreisausschuß des Deutschen Stahlbundes hat mit Rücksicht auf die derzeitigen Verhältnisse und im allgemeinen Interesse beschlossen, die seit dem 21. Februar geltenden Richtpreise bis auf weiteres nicht zu verändern.

Bayern bekommt den Staatspräsidenten. Der Bayerische Landtag hat einen Antrag auf Schaffung eines selbständigen, vom Volke gewählten Staatspräsidenten, mit 74 gegen 56 Stimmen genehmigt.

Der Reichsrat hat den Gesetzentwurf über die Goldanleihe genehmigt. Genehmigt wurde ferner der Gesetzentwurf zur Erhaltung leistungsfähiger Krankenkassen. Die Grenze der Versicherungspflicht wird auf zwei Millionen Mark erhöht und die Möglichkeit einer Zusammenlegung schwacher Kassen und der Erhebung von Sonderbeiträgen von je 2 v. H. des Grundlohnes vorgesehn.

Befestigung des Freispruchs im Klingerprozess. Das Reichsgericht hat die von der badischen Staatsanwaltschaft gegen das den Kapitänleutnant v. Klinger freisprechende Urteil des Offenburger Schwurgerichts eingelegte Revision gemäß dem Antrage des Reichsanwalts verworfen.

Das Verfahren gegen Hoffbach. Das vor dem Reichsgericht schwebende Ermittlungsverfahren gegen den kürzlich in Hamburg vorübergehend verhaftet gewesenen Oberleutnant a. D. Hoffbach hat jetzt zur Eröffnung der Voruntersuchung wegen Geheimbündelei geführt. Die Voruntersuchung erstreckt sich außerdem auf verschiedene Vereinigungen, die sich nach dem Verbot und der Auflösung der Formation Hoffbach gebildet haben. Zu diesen gehören die Vereine für landwirtschaftliche Berufsausbildung in Mecklenburg und in Holstein, der Sparverein Pommern und eine Reihe anderer Sparvereinigungen.

Ein neuer Oberkommissar in Danzig. Der Völkerbundsrat hat den englischen Generalleutnant Macdonnell als Nachfolger des Generals Halling zum Oberkommissar der Freien Stadt Danzig ernannt.

Arbeitslosenbedingungen in Remel. Am Montag ist es in Remel infolge eines von den Arbeitslosen ausgehenden Protestes gegen die vom Landbrotbureau verfügte Entziehung der verbilligten Brotkarte zu wiederholten Kundgebungen gekommen.

50 000 Kinder aus dem Ruhrgebiet im Alter von 7 bis 15 Jahren hat der Schlesische Landbund sich bereit erklärt, sei seinen Mitgliedern unterzubringen.

Oesterreichisch-ungarischer Finanzvergleich über das Burgenland. Die Verhandlungen zwischen Ungarn und Oesterreich in der westungarischen Frage haben zu einem inanzialen Vergleich geführt. Ungarn zahlt als Schadenersatz für die verspätete Uebergabe des Burgenlandes 3 Millionen Schweizer Franken, vorausgesetzt, daß die Reparationskommission auf Ansprüche verzichtet.

Stärkung der Organisation des Einzelhandels. Der Hauptausschuß der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels trat am Dienstag zu einer außerordentlich wichtigen Tagung zusammen. Gegenstand der Verhandlungen war die künftige Finanzierung der Hauptgemeinschaft und die Vereinheitlichung der Organisation des gesamten Einzelhandels. Man war sich völlig darüber einig, daß es unbedingt erforderlich sei, die Spitzenorganisation des deutschen Einzelhandels mit den Mitteln auszustatten und derart anzubahnen, daß sie den Vorkriegsstamp in diesen wirtschaftlich schweren Zeiten in jeder Beziehung gerüstet aufnehmen könne. Demzufolge wurde von den Vertretern der maßgeblichen Verbände einem Umlageverfahren zugestimmt, das die finanziellen Bedürfnisse der Hauptgemeinschaft für die nächste Zeit sicherstellen dürfte.

Der Papierpreis im März. Nach langen Verhandlungen ist der Druckpapierpreis für den Monat März auf 1550 Mark für das kilo festgelegt worden. Die Abrechnung auf den Zellstoff und Holzstoff kann mit 170 Mark des kilo angenommen werden. Der Preis ist bindend für den Monat März, falls nicht eine Erhöhung des Kohlenpreises oder der Fracht eintritt.

Reichsanwalt Cuno — Ehren doktor der Medizin. Breslau, 28. Februar.

Die medizinische Fakultät der Breslauer Universität hat den Reichsanwalt Dr. Cuno zum Ehren doktor der Medizin promoviert, weil Cuno in der Zeit größter seelischer Not durch mannhaftes Eintreten für Recht und Ehre Millionen von dem Druck der Hoffnungslosigkeit befreite.

Waffenruher Bahnschutz in schlesischen Eisenbahnhöfen. Breslau, 1. März.

Seit einiger Zeit herrschen auf einer Reihe schlesischer Eisenbahnstrecken unglaubliche Zustände, namentlich in den Arbeiterhöfen. Die jungen Arbeiter machen keinen Unterschied zwischen den einzelnen Fahrklassen und fahren vielfach ohne Fahrkarte. Das Vorgehen der Fahrkarte lehnen sie ab. Da sämtliche Fahrgäste in den einzelnen Eisenbahnwagen sich solidarisch erklären, ist das Zugpersonal machtlos. Die Eisenbahndirektion hat deshalb zur Unterstützung des Fahrpersonals Hilfspersonal gestellt. Als dieser Tage mehrere Beamte und Hilfsbeamte auf Vorgehen der Fahrkarten drangen, kam es unweit des Bahnhofes Schörlau zu einer schweren Prügelei, in deren Verlauf die Beamten mit Stöcken und Gummiknüppeln geschlagen wurden. Auch zahlreiche Revolvergeschosse wurden auf die Menge abgegeben, wobei 14 Beamte verletzt wurden. Die Eisenbahndirektion hat jetzt einen aus bewaffneten Beamten bestehenden Bahnschutz organisiert. Jeder Zug wird von 20 Beamten dieses Bahnschutzes begleitet sein.